

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kersch. Druck: A. Kersch, Auerbach. Anzeigerpreis: 10 Pf. pro Woche. Abonnement: 60 Pf. pro Quartal. Einzelhefte: 2 Pf. pro Stück. Die Redaktion ist in Auerbach, Hauptstraße 10, zu finden.

Das Auer Tageblatt erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Feiertagen. Die Redaktion ist in Auerbach, Hauptstraße 10, zu finden. Die Anzeigenpreise sind in der Rubrik 'Anzeiger' angegeben. Die Abonnementpreise sind in der Rubrik 'Abonnement' angegeben. Die Einzelhefte sind in der Rubrik 'Einzelhefte' angegeben.

Nr. 43.

Montag, den 21. Februar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Bis 10 Uhr heute vormittag waren 84 Wählergebnisse zum preussischen Landtag bekannt. Danach sind die jetzt gewählten 111 Deutschnationale, 18 deutsche Volkspartei, 16 Zentrum, zwei Demokraten, ein Welfe, 29 Mehrheitssozialdemokraten, sieben Unabhängige, vier Kommunisten und ein Wirtschaftsparteiler.

Der Sachverständigenausschuss wird heute seine Beratungen fortsetzen. Außer den bereits genannten Herren wird auch Reichsminister a. D. Wisell daran teilnehmen.

In Paris ist noch keinerlei amtliche Bekräftigung über eine etwaige Absicht der amerikanischen Regierung eingetroffen die amerikanischen Besatzungstruppen vom Rhein zurückzuführen.

Das französische Kriegsministerium bekräftigt die Nachrichten über in Vorbereitung befindliche militärische Maßnahmen als unrichtig.

Zur Lage in Oberschlesien.

D. M. Wie wird die Abstimmung in Oberschlesien ausfallen? Diese Frage hat man heute nicht nur in Oberschlesien und dem angrenzenden Gebiet. Sie bewegt jeden Deutschen, der die ungeheure Not des Vaterlandes erkannt hat. Freilich, sie ist nicht leicht zu beantworten. Und es soll auch nicht Zweck der nachfolgenden Zeilen sein, sie mit einem Aberhoffnungsproben gut oder einem kopfhängerischen Schlüssel zu beantworten. Auch die Reden, die hier und da in der Presse über die Abstimmungsbedingungen der drei verschiedenen Kategorien veröffentlicht wurden und den vorläufigen Urteilen Anlaß zu allerhand Vermutungen boten, können nicht als Anhaltspunkt dienen. Es sind eben nur Vermutungen, denn die genauen Zahlen stehen noch nicht fest, da die Listen noch nicht abgeschlossen sind, und auf Vermutungen seine Hoffnungen gründen oder ihre wegen sich zu Resignation verleiten lassen, ist gefährlich. Es würde das in jedem Falle eine Wahrung der großen Arbeitskraft bedeuten, die um Oberschlesien noch aufgewandt werden muß. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß man sich heute überhaupt kein Urteil über die Aussichten der Volksabstimmung bilden dürfe. Objektiv die Dinge betrachten und dann in Erkenntnis der wirklichen Stimmung in Oberschlesien sich ein Urteil bilden, das kann man wohl, ohne sich überspannen Hoffnungen hinzugeben oder den traurigen Ruhm eines Niesemachers sich zu erwerben. Wenn wir deshalb im Folgenden einen kurzen Überblick über die augenblickliche Stimmung in Oberschlesien geben, so geschieht das in der Absicht, den Leser selbst die Folgerungen für die Aussichten für die Abstimmung ziehen zu lassen.

Die erste Frage, vor allem für die zahlreichen im Reich lebenden abstimmungsberechtigten Oberschlesier ist wohl die nach den Sicherheitsverhältnissen im Abstimmungsgebiet. Nun, es muß zugegeben werden, daß es besser, viel besser geworden ist. Überall in Oberschlesien merkt man, daß die Entente macht es sich angelegen sein läßt, für eine gestörte und ruhige Abstimmung zu sorgen. Verschiedene Maßnahmen der Interalliierten Kommission lassen es erkennen, daß es ihr um ihren Vorhaben ernst ist. Es muß ja auch ihr selbst viel daran liegen, die Sicherheit in Oberschlesien, wo sie nicht vorhanden war, wieder herzustellen, wenn anders sie ihr Prestige als Besatzungsmacht wahren will. Als besonders ernste Maßnahme gegen die Unsicherheit sind die Waffensuchen zu betrachten, die überall im Lande veranstaltet werden. Daß den interalliierten Polizeibehörden freilich dabei manches Mißgeschick passiert, läßt sich wohl nicht immer vermeiden. Viel Aufsehen zum Beispiel hat es erregt, als eines schönen Tages interalliierte Organe den Galometer der Hydniker Gasanstalt nach Waffen durchsuchten. Natürlich wurde nichts gefunden. Aber es ist bezeichnend für die Art und Weise, wie man solche Streifen nach herbergen Waffen veranlaßt. Es ist nicht immer klar, welcher Vorteil die Waffensuchen in die Schuhe zu schreiben sind. Doch ist in den meisten Fällen festgestellt, daß, wo Waffen gefunden werden, diese polnischen Ursprungs sind. So fand man z. B. vor kurzem auf dem Bahnhof des Grenzstädtchens Myslowitz eine große Anzahl von Handfeuerwaffen, die in polnische Polizeistationen eingemeldet waren. Aber auch hier wird binnen kurzem Abhilfe geschaffen werden. Die interalliierten Behörden gehen streng vor. Daß am liebsten bei Deutschgestimmten nach Waffen gesucht wird, braucht nicht erst betont zu werden. Indessen verlaufen diese Durchsuchungen resultatlos. In Ratibowitz wurde kürzlich das ganze Zentralhotel, in dem der Verband heimattreuer Oberschlesier sein Hauptquartier aufgeschlagen hat, nach Waffen durchsucht. Zahlreiche Kisten wurden geöffnet, und man fand — Broschüren und Propagandamaterial. Das ist die Art, wie man auch, allerdings nur solche geistiger Art. Denn das muß gesagt werden: Der deutsche Teil bedarf keiner Waffen von Stahl und Eisen. Man kämpft auf dieser Seite nur mit der Wahr-

heit, und es ist bezeichnend, daß die deutsche Propaganda im Gegensatz zu der polnischen viel ruhiger arbeitet und nach Möglichkeit die Hebe zu vermeiden sucht. Die Führer der deutschen Propaganda gehen von der einfachen Tatsache aus, daß die Wahrheit letzten Endes sich selbst zum Siege verhilft. Die Gegenpartei aber muß in Ermangelung der Wahrheit zu allerlei Kniffen greifen, die nicht ganz sauber sind. Man muß staunen, mit welcher Massivität die polnische Propaganda arbeitet. Auf dem Wege zur Erreichung ihres Zieles durchschreitet sie mit wohlbedachter Unschicklichkeit verschiedene Stadien. Schritt für Schritt versucht sie mit offener oder geteilter Hilfe ihrer französischen Freunde das Deutschum zu verdrängen. Neuerdings hat mit besonderer Heftigkeit wiederum eine Hebe gegen die sogenannten Emigranten eingesetzt. Obgleich der Friedensvertrag diesen Emigranten — wir kennen sie unter dem Namen heimattreue Oberschlesier — ausdrücklich das Stimmrecht zugesichert, was ja auch vom Vorkriegsrat wohl oder übel anerkannt werden mußte, findet man doch in der polnisch orientierten Presse Streublätter in großer Ausdehnung, die den Reichsoberbeschlesiern das Stimmrecht verweigern wollen. Nunmehr hat Korfanty eine ebenso raffinierte wie durchsichtige Methode erfunden, um die Stimmennahme der Reichsoberbeschlesier möglichst unerschütterlich zu machen: Fast in jeder Nummer berichtet sein Blatt, die bekannte Grenzzeitung, über angebliche Entschuldigungen von Gemeindevorsetzungen ober-schlesischer Ortschaften, in denen gesagt wird, daß sich die Gemeindevorsetzungen, abstimmungsberechtigten Emigranten zu beherbergen. Daß es sich hierbei um eine bloße Machete handelt, geht aus einem Rundschreiben des polnischen Abstimmungskomitees für den Kreis Kleinritz hervor, in dem die Gemeindevorsetzungen gebeten werden, Entschuldigungen in diesem Sinne zu fassen. Das Rundschreiben enthält dazu den genauen Wortlaut einer solchen Entschuldigung. Man sieht also, daß es sich hier um nichts weiter als einen schamlosen Betrugversuch der Feindschaft und der interalliierten Behörden handelt. Das deutsche Wahlrechtskommissariat hat schon Mitte Dezember für rund 200 000 auswärtige Oberschlesier Quartiere beschafft. Und zwar keine Massenquartiere, sondern fast durchweg Bürgerquartiere. Für das laibliche Wohl der Reichsoberbeschlesier ist in jeder Beziehung gesorgt.

Uebrigens geht aus den Machenschaften Korfanths nur hervor, wie er die abstimmungsberechtigten Reichsoberbeschlesier doch fürchtet. Er hat auch allen Grund dazu, denn dieser Betrugversuch sowie auch alle anderen Greuelnachrichten, die er ja geflissentlich zu fördern sucht, um die Abstimmungsbedingungen aus dem Reich abzuhalten, werden nicht hindern, daß die Reichsoberbeschlesier ihre Pflicht erfüllen. Man weiß heute im Reich, daß ein großer Teil der Greuelnachrichten absichtlich aufgebracht in die Presse langiert worden ist. Man hat den Zweck dieser Maßnahmen erkannt. Im übrigen ist tatsächlich die Zahl der Kriminalfälle in Oberschlesien nicht so ungeheuerlich, wie man schließlich im Reich anzunehmen geneigt ist. Oberschlesien bietet heute ein viel ruhigeres Bild als noch vor kurzem. Demgemäß ist auch überall wahrzunehmen, daß der deutschgestimmte Teil der Bevölkerung, der im Augustausstande niedergedrückt und geknebelt wurde, heute seinen Mut wiedergefunden hat. Man läßt sich heute in Oberschlesien nicht mehr einschüchtern, auch nicht durch Androhung von Gewalt, weil man weiß, daß dies alles doch nur Bluff ist, Bluff, um künstlich eine Atmosphäre des Terrors zu schaffen, in der alles Deutsche nicht mehr ruhig sein soll, sich zu begehren. Wer den Terror zur Erreichung seiner Ziele braucht, beweist im übrigen nur, daß es um seine Sache saul steht. Und saul, oberhalb steht es heute mit der polnischen Sache in Oberschlesien. Die Zeit der ersten Ueberdrehungen ist vorüber. Von den mit großem Lärm gegebenen Versprechungen hat Korfanty nichts gehalten. Und nachdem hier und da doch kongresspolnische Blätter Eingang in das Haus des einsamen Mannes finden, die aus der Misere und der furchtbaren Not jenseits der Grenze keinen Hehl machen, dümmert langsam, aber um so sicherer die Erkenntnis der wahren Sachlage auf. Die großartige Schlagzigenwirtschaft im Hotel Domnitz tut das ihrige. Seltgelage und große Feste sind nicht fürs Volk. Und all' die Lügen und Verleumdungen, mit der Korfanty vor einem Jahre noch vielleicht Erfolg hatte, stehen heute nicht mehr. Oberschlesien weiß, daß Deutschland schweren Tagen entgegengeht, es weiß aber auch, daß es vermöge seiner Volkskraft die Kräfte überwinden wird. Polen aber trägt den Keim des Zerfalls in sich. Der Oberschlesier hat keine Lust, sein Schicksal einem Staate anzuvertrauen, der mit Blut und Eisen errichtet ist, der heute noch in Waffen starrt, der 80 Prozent seines Staatshaushalts auf Rüstungen verwendet. Oberschlesien will den Frieden, und den kann ihm Polen nicht geben, wohl aber Deutschland. Und so wird es sich am Tage der Abstimmung auch dem Frieden zuwenden. Es hat genug von polnischer Friedfertigkeit gekostet. Das ist heute die Stimmung in diesem Bündchen.

Die Preußen-Wahlen.

Im ganzen Lande ohne Zwischenfall verlaufen. Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Wahlen zum preussischen Landtag sind vollkommen ruhig verlaufen. Die Parteien hatten sich, im Gegensatz zu

früheren Wahlen, fast nur auf eine, allerdings rege Propaganda in den Tagesstellungen beschränkt. Werbeveranstaltungen fanden erst wenige Tage vor den Wahlen statt, und von dem Flugblätterregen, der sonst über die Hauptstadt des Reiches niederhing und die Straßen überflutete, konnte schon gar keine Rede sein. Auch die Plakate, die sonst Häuser, Mauern und Räume zierten, fehlten fast ganz. Ein paar Plakatscherze gab es aber doch. So las man auf einem Bettel: Was ist U. S. P. D.? Als Antwort stand darunter: Unterste Stufe politischer Edelmütigkeit! Auf einem anderen Bettel war ein Gefäß abgebildet, der gefragt wird: Wählst du auch die deutschnationale Volkspartei? Seine Antwort lautet: Ja! Ein dritter Maueranschlag zeigte vier Schafsköpfe mit der Unterschrift: Wir wählen diesmal auch die deutsche Volkspartei. Unter die lapidare Aufforderung: Wählt U. S. P. D., klebte ein Gegner dieser Partei ein Blättchen mit der Aufschrift: Dann habt ihr den roten Terror. In manchen Gegenden der Stadt, besonders im Norden und Osten, flatterten an über die Straße gewandten Sellen Plakate verschiedener Parteien. In Bankwitz wurden um Mitternacht zwei Männer dabei getroffen, als sie mit roter Farbe die Buchstaben S. P. D. auf die Bürgersteige und das Straßenpflaster pinselten. Auf der Wache entpuppte sich der eine der Männer zur allgemeinen Ueberraschung als der Bürgermeister von Bankwitz Dr. Ostrowski. Mit besonders starken Mitteln arbeiteten die Kommunisten im Osten der Stadt. Sie veranstalteten auf den Höfen Vorstellungen, in denen der U. S. P. D.-Fiel, der deutschnationale Godel und der Volksparteihammel auftraten. Ein junges Mädchen in rotem Kleid feierte dann Sowjetrußland und forderte auf, für Räte-Deutschland zu stimmen. Die Wahlbeteiligung war nach den bisherigen Meldungen nur mäßig. In dem Ministerwahllokal, das sich jetzt im Wilsener Urquell in der Krausenstraße befindet, eröffnete den Wahlen der wählenden obersten Reichsbeamten Reichspräsident Ebert, dann folgten Reichskanzler Fehrenbach, der sächsische Gesandte Dr. Koch, der württembergische Gesandte Hildebrand, der preussische Justizminister Am Rehnhoff, der Reichsjustizminister Dr. Seitzge, Unterstaatssekretär Wöhre, Staatssekretär a. D. Kühmann und Reichsminister Koch. In dem Wahllokal von Hausmann gaben ihre Stimmen ab Reichsverkehrsminister Groener, Handelsminister Fischbeck und Staatssekretär Albecht. Der Reichspostminister Giesberts wählte in einem Lokal in der Mauerstraße. Nach den von auswärts vorliegenden Meldungen sind die Wahlen im ganzen Lande ohne Zwischenfall verlaufen und die Wahlbeteiligung war ziemlich gut. — Weiter wird noch gemeldet: Ueber die Beteiligung an den Wahlen zum preussischen Landtag wird berichtet: Im Westen Berlins beteiligten sich von den eingeschriebenen Wählern etwa 75—80 Prozent, im Norden und Osten 65—75 Prozent und im Zentrum 60 Prozent. Bemerkenswert schlecht war die Wahlbeteiligung in Neutölln und Weizensee.

Lloyd George gegen Briand.

Dr. Man nehme die Ueberschrift, die den nachfolgenden Zeilen vorangestellt ist nicht ganz wörtlich. Dafür haben wir ja in der letzten Zeit allzu zahlreiche Beispiele für die Erfahrung erlebt, daß sich die beiden leitenden Staatsmänner Englands und Frankreichs im gegebenen Augenblick immer wieder verständigen und ihre Namen auf französischer Seite auch wechseln. Immerhin reißt eine Gegenüberstellung der von Briand und Lloyd George gleichzeitig in der französischen Kammer und im englischen Unterhaus gehaltenen Reden über den Stand des Reparationsproblems am Vorabend der Londoner Konferenz zu einem näheren Vergleich ihres Inhalts. Während Briand den Beifall des Pariser Parlaments mit der Aufzählung der gegen Deutschland in Aussicht genommenen Gewaltmaßnahmen herbeizitiert, hatte der englische Ministerpräsident Gelegenheit, sich gegen gewisse ausschweifende Forderungen auszusprechen, für die sich auch in England bekanntlich Befürworter finden und die den Wünschen der französischen Militärpartei wie ein Haar dem anderen ähneln. Briand verhielt sich mit Empfindung, daß Frankreich niemals darauf verzichten würde, weiter nach Deutschland hineinzumarschieren, das Ruhrgebiet zu besetzen, die Besatzungstruppen bis ins Endlose zu verlagern. Er sagte also damit nichts geringeres, als daß er auch in London diesen Standpunkt bis zum Neuesten vertreten werde. Auf der anderen Seite des Kanals setzte dagegen Lloyd George auseinander, es wäre leicht zu sagen, daß man nur einfach nach Deutschland zu gehen und alles beweisliche Gut herauszutragen brauche, um die Durchführung der Friedensbedingungen zu sichern. Sehr schwer dagegen ist es nach Lloyd Georges, zu beweisen, daß man dann auch wirklich etwas anderes als ganze Schiffsladungen wertloser Papiermark in den Händen habe. Der Schluß des britischen Staatsmannes war also der, daß man Deutschland zwar mit allem Nachdruck gegenüberzutreten gedente, daß man aber gar nichts erhalte, wenn man subiel haben wolle. Die Handhabe zu einer sachlichen Beurteilung dieser neuesten Forderung des leitenden englischen Staatsmannes bietet seine Bemerkung, daß Deutschland zahlen müsse bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Nur sei man sich, so fuhr er fort, nicht darüber klar, wo diese